

Niederschrift

**über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses
am 21.11.2018**

um 17:00 Uhr bis 18:40 Uhr in Remscheid, Rathaus, 2. Etage, Großer Sitzungssaal

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Lothar Krebs

Stellvertretender Vorsitz

Herr Stefan Wagner

Ratsmitglieder

Herr Fritz Beinersdorf

Frau Alexa Bell

Herr Günter Bender

Herr Thomas Brützel

Herr David d' Altília

Frau Monika Hein

Herr Thomas Kase

Frau Susanne Pütz

Herr Bernd Quiting

Herr Norbert Schmitz

Herr Lothar Sill

Herr Sebastian Thiel

Herr Peter-Edmund Uibel

Herr Philipp Wallutat

Vertretung für Herrn Kucharczyk

Stadtdirektor/Stadtkämmerer

Herr Sven Wiertz

von der Verwaltung

Herr Klaus-Peter Listner

Frau Eva Möller

Frau Gundula Michel

Schriftführerin

Frau Birgit Mendryschka

Tagesordnung

I. Öffentlich

- 1** Änderung/Erweiterung der Tagesordnung
- 2** Niederschrift über die Sitzung vom 06.06.2018
- 3** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung
- 4** Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung
- 4.1** 15/5563 2. NKF WG
- 4.2** "Tax Compliance" und § 2 b UStG
- 4.3** 15/5482 Kenntnisnahme gemäß § 31 Abs. 1 Satz 5 GemHVO der Dienstanweisung Kreditkarten und der Änderung Geschäftsanweisung Finanzbuchhaltung
- 4.4** 15/5561 Termine und Handlungsfelder Gemeindeprüfungsanstalt NRW
- 5** Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung
- 6** Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung
- 7** Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
- 8** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- 8.1** Schwerpunkte der Rechnungsprüfung im 1. Quartal 2019 und personelle Ausstattung
Anfrage von Herrn Schmitz

II. Nichtöffentlich

- | | | |
|------------|---------|--|
| 1 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung |
| 2 | | Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung |
| 2.1 | 15/5562 | Prüfungsbericht zum AW RW Jahresabschluss 2017 |
| 2.2 | 15/5565 | Bericht der Rechnungsprüfung als Darstellung des Zwischenstandes des Gespräche i. Z. m. der B.A.F. e.V. aus Sicht der Rechnungsprüfung |
| 2.3 | | Sonstiges, Mündliche Vorträge zu verschiedenen Themen |
| 3 | | Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung |
| 4 | | Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung |
| 5 | | Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung |
| 6 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung |

I. Öffentlich

1. Änderung/Erweiterung der Tagesordnung

Herr Krebs eröffnet die Sitzung.

Die Tagesordnung wird in der vorgelegten Form einstimmig genehmigt.

2. Niederschrift über die Sitzung vom 06.06.2018

Die Niederschrift über die Sitzung vom 06.06.2018 wird in der vorgelegten Form einstimmig bestätigt.

3. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung wurden nicht vorgelegt.

4. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

4.1. 2. NKF WG Vorlage: 15/5563

Herr Listner berichtet über den Stand des Gesetzentwurfes des 2. NKF WG und erklärt, dass derzeit davon auszugehen ist, dass die Aufgaben der Rechnungsprüfung und ggf. auch des Rechnungsprüfungsausschusses anders beschrieben werden, so dass die Angelegenheit Anfang 2019 zwingend thematisiert werden muss. Er verweist insbesondere auf die vom Gesetzgeber geforderte Einführung eines IKS (Internes Kontrollsystem).

Herr StD / StK Wiertz erklärt, dass das Gesetz zum 01.01.2019 Inkrafttreten soll, zuvor aber noch einige Mängel nachgebessert werden müssen. Eine Einschätzung hinsichtlich der tatsächlichen Auswirkungen ist schwierig, da das 2. NKF WG nur einen kleinen Teil der rechtlichen Rahmenbedingungen ausmacht. Er stellt nachfolgend kurz die wichtigsten Änderungen dar:

- Mit Änderung der Gemeindehaushaltsverordnung in die kommunale Haushaltsverordnung ist beabsichtigt, einen globalen Minderaufwand zu ermöglichen. Dies wird seitens des Städte- und Landkreistages kritisch gesehen, da die Kommunen kaum disponible Posten haben und ein Minderaufwand so nur im Bereich der freiwilligen Leistungen dargestellt werden kann, was zu einem Ungleichgewicht im Gesamthaushalt führt.
- Jahresabschlüsse sollen künftig der Ausgleichsrücklage zugeführt werden; dies wird generell positiv bewertet, obschon derzeit für Remscheid nicht opportun.
- Des Weiteren ist beabsichtigt, dass die Gemeindeprüfanstalt Fachprogramme der Kommunen abnimmt und zertifiziert. Dies ist grundsätzlich zu befürworten; Klärungsbedarf besteht hier bez. der personellen Kapazitäten bei der GPA und der Übernahme der entstehenden Kosten.

Herr Listner ergänzt, dass die GPA lediglich die Programme zertifiziert, die Überprüfung im tatsächlichen Einsatz weiterhin dem RP obliegt.

- Außerdem soll die Erstellung eines Gesamtabchlusses ab 2019 den Kommunen freigestellt werden. Remscheid ist gegenwärtig aufgrund der Überschreitung der einzuhaltenden Messgrößen nicht in der Lage, eine diesbezügliche Freigabe zu erlangen.
- Der Beteiligungsbericht soll im Gegenzug weiter ausgebaut werden.

Herr Krebs bittet nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes, die wesentlichen Änderungen im Ausschuss zu präsentieren. Entsprechendes wird zugesagt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

4.2. "Tax Compliance" und § 2 b UStG

Frau Michel gibt einen aktuellen Sachstandsbericht zum Umsatzsteuerrecht (§ 2b) und zum TCMS – die entsprechenden Unterlagen werden in der Sitzung verteilt.

Sie berichtet, dass „die Stadt als Steuerschuldnerin / Schuldenmanagement“ zum 01.09.2018 personell durch eine Vollzeitkapazität verstärkt worden ist.

Auf Anfrage von Herrn Schmitz erklärt Frau Michel, dass künftig in Zusammenarbeit mit den jeweils zuständigen Fachdiensten alle Einzelvorgänge im Hinblick auf ihre Umsatzsteuerrelevanz geprüft und Lösungsvorschläge Einzelfallbezogen erarbeitet werden.

Herr Krebs stellt fest, dass eine entsprechende Veränderung der Haushaltsansätze ab 2021 / 2022 zwingend erfolgen muss und erkundigt sich nach dem weiteren Zeitplan für die Einführung.

Herr StD / StK Wiertz berichtet, dass eine Anpassung z. B. im Bereich des Satzungsrechts im Vorfeld sukzessive erfolgen wird; Lösungen sind in 2019 / 2020 flächendeckend zu erarbeiten; ggf. muss über den Verzicht auf Einzelaufgaben entschieden werden.

Des Weiteren führt Frau Michel aus, dass ein Tax Compliance Management System zwingend einzuführen ist, um eine steuerstrafrechtliche Verfolgung wegen Steuerhinterziehung durch Unterlassen auszuschließen. Im Rahmen des Gesamtverfahrens werden alle Wertungen im Bereich des § 2b UStG verschriftlicht und begründet.

Auf Nachfrage von Frau Bell bestätigt Frau Michel, dass auch die geschlossenen Verträge Teil des TCMS sein werden.

Das TCMS wird aufgrund der eng bemessenen Personalressourcen in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Concunia und der Stadt Solingen unterstützt durch das GPA eingeführt.

Auf Anfrage von Frau Bell erläutert Frau Michel, dass unter Federführung des Unternehmens Concunia ein umfassendes Handbuch mit Regelwerken zu den erforderlichen Delegationen und Funktionstrennungen sowie Dienstanweisungen erarbeitet wird; am Verfahren beteiligt sind die Lenkungsgruppe mit Stadtkämmern, Kämmereien und Rechnungsprüfungen und die Projektgruppe mit Personal-/Organisationsfachdiensten, Kämmereien und Rechnungsprüfungen der Städte Solingen und Remscheid.

Auf Nachfrage von Frau Bell hinsichtlich der Mehrbelastung für die Rechnungsprüfung erklärt Herr StD / StK Wiertz, dass die Zusammenarbeit mit Solingen mit Blick auf die zu erwartenden Synergien gewählt wurde und der komplexe Umstellungsprozess im Übrigen den ge-

setzlichen Zwängen geschuldet ist. Eine fortlaufende Information und abschließende politische Beteiligung am Verfahren wird sichergestellt.

Herr Krebs erwartet eine abschließende konkrete Berichterstattung. Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Ausführungen im Übrigen zur Kenntnis.

**4.3. Kenntnisnahme gemäß § 31 Abs. 1 Satz 5 GemHVO der Dienstanweisung Kreditkarten und der Änderung Geschäftsanweisung Finanzbuchhaltung
Vorlage: 15/5482**

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Dienstanweisung Kreditkarten und die Änderung der Geschäftsanweisung Finanzbuchhaltung gemäß § 31 Abs. 1 Satz 5 GemHVO zur Kenntnis.

**4.4. Termine und Handlungsfelder Gemeindeprüfungsanstalt NRW
Vorlage: 15/5561**

Herr Listner erklärt, dass der Leiter der Gemeindeprüfungsanstalt eine enge Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern vor Ort angeboten hat. Weitere Gespräche auch im Hinblick auf die Umsetzung der Informationen durch die GPA werden erfolgen. Gemäß aktueller Stellungnahme sieht der GPA-Leiter keine zeitlichen Probleme bei der bisherigen Durchführung und betont dies auch speziell für das Verfahren in Remscheid. Die GPA wird ihrerseits alles Erforderliche veranlassen, um die avisierten Termine zu halten.

Den Zusagen entsprechend wird die Rechnungsprüfung bei den Prüfungen in den Fachdiensten beteiligt.

Anfang 2019 werden weitere Vorabstimmungen im Hinblick auf die Weiterentwicklung z. B. bez. der Kennzahlen etc. stattfinden.

Herr StD / StK Wiertz ergänzt, dass die Zusammenarbeit mit der GPA deutlich besser funktioniert als in der Vergangenheit und beide Seiten interessiert sind, zeitaktuelle Daten zur Verfügung zu stellen. Die Herren Möller und Fastenrath begleiten - die Rechnungsprüfung unterstützend - das Verfahren. Sobald der Zwischenbericht der GPA vorliegt, wird eine erneute Unterrichtung des Rechnungsprüfungsausschusses erfolgen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

5. Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

6. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung werden nicht gemacht.

7. Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung wurden nicht gestellt.

8. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

**8.1. Schwerpunkte der Rechnungsprüfung im 1. Quartal 2019 und personelle Ausstattung
Anfrage von Herrn Schmitz**

Herr Schmitz bittet um Berichterstattung zu den Schwerpunkten der Rechnungsprüfung im 1. Quartal 2019 und der künftigen personellen Ausstattung.

Herr Listner berichtet, dass über die Personalausstattung in den Aufgabenbereichen SGB II- und Bauprüfung in Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss und Rat am 22.11.2018 entschieden wird.

Auf Nachfrage von Herrn Krebs erklärt Herr Listner, dass die Ausschreibungen der beiden Stellen sowohl intern als auch extern erfolgen werden. Er weist darauf hin, dass qualifiziertes Fachpersonal z. Z. auf dem Arbeitsmarkt nur schwer zu finden ist.

Schwerpunktmäßig wird sich die Rechnungsprüfung im 1. Quartal 2019 mit dem Thema Vergaben beschäftigen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Krebs schließt die Sitzung.